

# Danziger



# Zeitung.

№ 15729.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerbaggerstraße Nr. 4. und bei allen Kaiserl. Postämtern des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

## Telegramme der Danziger Btg.

**Paris, 5. März. (B. T.)** Die Kammer hat gestern die sofortige sowie die facultative Ausweisung der Prinzen abgelehnt und mit 353 gegen 112 Stimmen eine von der Regierung acceptirte Tagesordnung angenommen, welche besagt, die Kammer vertraue auf die wachsame Energie der Regierung und sei überzeugt, die Regierung werde gegen die Prinzen diejenigen Maßregeln ergreifen, welche die Umstände erheischen. Der Ministerpräsident Freycinet hat sich gegen die Ausweisung der Prinzen als unnütz und inopportun ausgesprochen.

**Stockholm, 5. März.** Die erste Kammer des Reichstages hat gestern den Getreidezoll mit 75 gegen 57 Stimmen abgelehnt.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 5. März.

### Die Monopoldebatte.

Der Reichskanzler war nicht im Reichstage erschienen — wegen eines Frosleidens, das ihn am Stehen hindert, wie die „Germania“ wissen will. Für das die Tribünen füllende Publikum mochte das Ausbleiben des Fürsten Bismarck eine arge Enttäuschung bereiten. Aber selbst wenn er gekommen wäre und in die Debatte eingegriffen hätte, so würde sich das Interesse an der Frage nach der Entscheidung über das Monopol nicht im geringsten gesteigert haben. Denn die Frage, Monopol oder nicht, ist eben bereits unabänderlich entschieden und kein Kanzler kann daran noch etwas ändern: mit dem Monopol wird es nicht! Wochten auch die Conservativen in Gelächter ausbrechen, als Herr Richter in seiner auf umfassendem Material beruhenden gründlichen und vernichtenden Kritik des Projectes den Ausdruck that: „in der Bewegung gegen das Monopol zeigt sich ein nationaler Zug“; dieses Gelächter wird die Thatsache nicht hinwegbringen, daß die Nation in der That in ihrer überwiegenden Mehrheit nichts von der Monopolpolitik wissen will. Das hat sie schon vor vier Jahren beim Tabaksmonopol bewiesen, das hat sich auch jetzt mit überzeugender Gewalt gezeigt, und auf unserer Seite kann es nur Heiterkeit erregen, wenn die Monopolfreunde ihre klägliche Niederlage auf Rechnung der „künstlichen Erregung“ u. s. setzen, welche im Volke gegen das Monopol von dessen Gegnern erregt worden sein soll.

Es war natürlich, daß bei einer solchen Sachlage die gestrige Reichstagsdebatte sich nicht auf diejenige Höhe erhob, die man früher erwarten konnte. Selbst der Finanzminister v. Scholz kämpfte für sein und des Reichskanzlers Werk in einem Tone, der den Stempel großer Resignation trug. Es scheint uns sehr bemerkenswerth, daß er am Schlusse seiner Ausführungen nach „Objectivität“ in der Behandlung der vorliegenden Frage rief und „gegenseitige Achtung“ des verschiedenen Standpunktes verlangte. Sehr richtig! Sehr zutreffend wurde ihm aber auch von der Linken zugerufen: „Gegenseitig!“ Nach der Rechten hätte sich Herr v. Scholz mit seiner Mahnung am ersten werden sollen. Gewiß wäre es außerordentlich wünschenswerth, wenn diese Gegenseitigkeit der Achtung bei uns allgemein Gebrauch würde. Zu welcher Partei aber gehört die Presse, die jede Abweichung der Linken von der Meinung der Regierung sofort als „reichsfeindlich“, „antinationale“ u. s. brandmarken zu müssen glaubt? Wo sitzen die Abgeordneten, welche mit Vorwürfen wie „Republikaner“, „Königsfeinde“ u. a. m. alle diejenigen zu bezeichnen pflegen, die ihre Ueberzeugung auch dann unentwegt geltend machen, wenn sie der jetzt herrschenden Richtung entgegenläuft?

Das Hauptinteresse erregt nunmehr nicht das so gut wie abgethane Monopol, sondern die Frage: Wird die Commission eine erhebliche Steuer auf Branntwein in irgend einer Form zu Stande bringen? Nur von diesem Gesichtspunkt aus war auch die Rede des Herrn v. Huene, des Sprechers des Centrums, von Interesse, nicht deshalb, weil er namens des Centrums die schon bekannte Thatsache ankündigte, daß das Centrum fast einstimmig das Monopol in erster Linie aus politischen Gründen verwerft. Herr v. Huene motivirte den Antrag behufs Verweisung der Vorlage an eine Commission in eigentümlicher Weise. Die Commissionsberatung, meinte Hr. v. Huene, werde vielleicht die Basis einer Verständigung über eine anderweitige Besteuerung des Branntweins herbeiführen. Der Redner deutete weiterhin an, daß diese Basis in der Beibehaltung der Waischsteuer unter Einführung einer hohen Consumsteuer bestehen könnte. Es scheint die Absicht zu sein, nach Ablehnung des Monopols durch eine Resolution die verbündeten Regierungen zu der Vorlegung eines neuen Steuerprojectes auf der bezeichneten oder ähnlichen Basis, etwa des Kognakmonopols, aufzufordern.

Inwiefern solche Vorschläge im Einverständnis mit der Regierung gemacht werden, mag dahin gestellt bleiben. Vor Kurzem bereits wurde an dieser Stelle mitgeteilt, daß Borarbeiten in der bezeichneten Richtung seitens der Reichsregierung in Angriff genommen seien. Damit würde dann allerdings das von dem Reichskanzler angekündigte Project einer preussischen Lizenzsteuer nicht verträglich sein. Auf alle Fälle wird die Entscheidung dieser Steuerfragen in der gegenwärtigen Session nicht mehr erreicht werden. Das ist wenigstens die Meinung in parlamentarischen Kreisen.

An der Beendigung des Culturkampfes wird im Herrenhause mit entschiedenem Ernst gearbeitet. In der Commission zur Vorberatung der Kirchenvorlage hat, wie jetzt bestätigt wird, Bischof Kopp thatsächlich Anträge eingebracht, über welche die „Lib. Corr.“ bemerkt:

Die Annahme dieser Anträge würde der vollständigen Aufhebung der Mäiengesetze nahezu gleichkommen. Diese Anträge bilden einen lobenswerthen Commentar zu der Auslegung, die die neuliche Herrenhausrede des Herrn Bischofs in gouvernementalen

Kreisen gefunden hat. Den Frieden, den Bischof Kopp wünscht, hätte die Regierung schon längst haben können, wenn sie die von dem Staatssecretär Jacobini dictirten Bedingungen als annehmbar erachtet hätte. Ob die Regierung sich jetzt dem Willen der Curie unterwirft, bleibt abzuwarten.

Auch die „Kreuztg.“ erfährt, daß die Kopp'schen Abänderungsanträge gegenüber der Regierungsvorlage auf nicht unwesentliche Zugeständnisse für die katholische Kirche hingingen. Ueber das Schicksal dieser Anträge läßt sich zur Stunde nichts bestimmtes sagen. Die „Kreuztg.“ nimmt aber als sicher an, „daß die friedlichen Dispositionen auf Seiten der preussischen Regierung wie der Curie sehr bestimmt zum Ausdruck kommen werden und daß man auf beiden Seiten zu weitem Entgegenkommen bereit ist, wenn damit eine endgiltige Beilegung des kirchenpolitischen Streites erreicht wird.“

Nun, wir haben nichts dagegen, wenn der Frieden auf kirchenpolitischem Gebiet definitiv hergestellt wird. Wie das Herrenhaus dieses Resultat erzielt, muß abgewartet werden; aber der jetzige Zustand ist jedenfalls unhaltbar und muß beseitigt werden.

### Der Fünfundzwanzigste.

Wie schon kurz erwähnt, ist bei der Nachwahl im 19. Wahlkreise des Königreichs Sachsen, in Schneeberg, an Stelle des bisherigen deutsch-conservativen Abg. Ebert, der sein Mandat niedergelegt hatte, ein Socialdemokrat, Geijer, in den Reichstag gewählt worden. Neueren Depeschen zufolge hat Geijer bis jetzt 8500, der freiconservative Gegencandidat, Farbenwerkbesitzer Fischlich, 7400 Stimmen erhalten; der fünfundzwanzigste Socialdemokrat zieht damit in den Reichstag ein. Der Fall ist in der That interessant, gerade jetzt, wo die Verlängerung des Socialistengesetzes auf der Tagesordnung steht. Es zeigt sich wieder einmal, daß unter der Herrschaft des Socialistengesetzes die socialdemokratische Partei stets steigende Erfolge erzielt hat, welche nur zu sehr geeignet sind, die Lobredner dieses Ausnahmegesetzes herkommen zu machen. Die verhängnisvollste Folge dieses Systems der Ausweisungen von Socialdemokraten, der Beschränkungen der Presse, des Vereins- und Versammlungsrechtes ist auf der einen Seite die Verbitterung der von den Vortheilen des gemeinen Rechts ausgeschlossenen Arbeiterbevölkerung, auf der anderen Seite aber die Einschüchterung und Entnerbung des Bürgerthums. Die socialdemokratische Lehre von der einen, die staatsocialistische Theorie der anderen Seite nehmen das deutsche Bürgerthum in die Mitte und drohen es zu zerreiben.

Die Schneeburger Wahl enthält eine ernste Mahnung an die „Staatsbehaltenden“ Parteien, endlich das Ausnahmegesetz zu beseitigen und dem Wahn, als ob ein paar oder ein paar Duzend Polizeimaßregeln der socialdemokratischen Bewegung ein Ziel setzen könnten, ein Ende zu machen.

### Die Colonisationsvorlage.

Im preussischen Abgeordnetenhaus beginnt heute die Colonisations-Commission ihre Arbeiten. Daß die Conservativen die Wiedereinführung der Erbpacht befürworten, ist nicht gerade überraschend. Viel Gegenliebe aber werden sie im Hause wohl nicht finden. Die Anträge der Abg. v. Rauchhaupt und Gen., wonach die directen Erträge der neuen Güter in die allgemeine Staatskasse fließen sollen, werden schwerlich die finanziellen Bedenken gegen die Vorlage beseitigen. Die Verschlagung von Staatsdomänen wollen die Antragsteller ganz ausschließen.

### Die Communalbesteuerung der Offiziere.

Gestern ist dem Bundesrath eine neue Vorlage zugegangen, worin beantragt wird, die vom norddeutschen Bunde erlassene Bestimmung aufzuheben, daß die Offiziere zu den Communalsteuern nicht herangezogen werden dürfen. Es wird in dem Entwurfe ausgeführt, daß das Privatvermögen der activen Offiziere und das Dienstinkommen der zur Disposition gestellten Offiziere auf dem Wege der Landes-Gesetzgebung künftighin der Communalbesteuerung unterzogen werden dürfe.

Diese Vorlage ist also lebendig dazu bestimmt, der Regelung dieser Frage auf dem Wege der Landesgesetzgebung freie Bahn zu schaffen. Weshalb eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie nicht in Aussicht genommen ist, ist noch unauferklärt. Die Majorität des Reichstages wird ihren Widerspruch gegen die Erhöhung der Militärpensionen schwerlich zurückziehen, so lange die in dem neuen Gesetze vorgesehene einzelstaatliche Regelung nicht erfolgt ist.

Der Bundesrath wird selbstverständlich dem Antrage Preussens auf die theilweise Aukertragssetzung der Verordnung in einer der nächsten Sitzungen zustimmen und so steht denn im preussischen Landtage wohl die Einbringung der angekündigten Gesetzesvorlage in Aussicht. Die Beratung derselben müßte aber mit ganz besonderer Beschleunigung erfolgen, wenn die Erledigung der Pensionsgesetze im Reichstage noch in dieser Session stattfinden sollte.

### Gladstone's irische Politik.

Ein gewichtiges Gerücht ist neuerdings in London verbreitet. Es befaßt nichts weniger, als daß Gladstone sich endgiltig für ein Project zur Herstellung eines abgeordneten Parlamentes für Irland entschieden hat, und daß Barnell nicht nur Mitwisser ist, sondern auch thatsächlich Mr. Gladstone's Programm acceptirt hat. Sicher ist man freilich nicht, ob der irische Führer allen seinen parlamentarischen Anhängern das zu befolgende Verfahren mitgetheilt hat, weil die Basis der Cooperation, wie der „Liverpool Post“ geschrieben wird, noch der Ratification seitens des Cabinetes bedarf; aber sicherlich hat er einige der einflußreicheren Mitglieder seiner Partei davon benachrichtigt und ist darin erfolgreich gewesen, sie davon zu

überzeugen, daß man Gladstone in dem, was er in Kurzem dem Unterhause vorschlagen wird, gänzlich trauen kann. Weiter heißt es, daß der Kampf um die Homerule nicht in dieser Session und nicht vor dem Ende der nächsten stattfinden wird.

Daß das Project, in welcher Form Mr. Gladstone dasselbe auch im Unterhause einbringt, von diesem Hause angenommen werden wird, darauf wird dem genannten Organ zufolge mit Sicherheit gerechnet. Eine allgemeine Neuwahl dürfte kaum zu erwarten sein, ehe nicht das Oberhaus den Weg verperrt, und selbst eine solche Herausforderung der Lords dürfte eine Zeitlang unbeachtet bleiben.

Der „Standard“ erfährt, die Regierung habe den Bicekönig von Indien, Dufferin, autorisirt, die Einverleibung Birmas in Indien formell zu vollziehen, da die frühere Proclamation nur Fürsorge traf für die einstweilige Verwaltung des Landes.

### Die Lage im Orient.

Es ist begreiflich, daß in Belgrad nach der nunmehrigen Beendigung des von Serbien vom Rumelien hergekommenen und so ruhmlos verlaufenen Conflictes mit Bulgarien die ruhigste Stimmung nicht herrscht. Auch machen sich drückende Sorgen geltend, wie man die durch die langen Kämpfe und den Krieg ganz erheblich gesteigerte Schuldenlast weniger fühlbar machen soll. Die Parole „Sparen“ ist bereits ausgegeben und, wie verlautet, sollen zur Herbeiführung von Ersparnissen mehrere Gesandtschaften, darunter diejenigen in Rom, Paris und Athen, aufgehoben und durch Geschäftsträger ersetzt werden.

In Sofia, bei den siegreichen Bulgaren, herrscht dagegen fortgesetzt Freude. So wird der „Pol. Corr.“ von gestern aus der bulgarischen Hauptstadt gemeldet: Der Fürst Alexander machte heute nach der Parade die Truppen mit der Unterzeichnung des Friedens bekannt; die Truppen wie die Bevölkerung bereiteten dem Fürsten erneut enthusiastische Ovationen. Bereits gestern Abend wurden den Fürsten ein glänzender Fackelzug dargebracht und ein Feuerwerk abgebrannt worden. Als der Fürst in Folge der enthusiastischen Kundgebungen auf dem Balkon seines Palais erschien, richtete der Bürgermeister eine Ansprache an ihn, in welcher er die Verdienste des Fürsten hervorhob und dem alle Bulgaren befehlenden Gefühle der Dankbarkeit Ausdruck gab. Der Fürst erwiderte dankend und betonte, daß er seine Erfolge dem Patriotismus des Volkes und der Tapferkeit der Armee zuzuschreiben habe. Die Rede des Fürsten wurde mit endlosem Jubel aufgenommen.

Wichtiglich des türkisch-bulgarischen Ueber-einkommens scheint gleichfalls, wie das officöse „Journal de St. Pétersbourg“ schreibt, zwischen allen Cabineten eine Uebereinstimmung in der Hauptsache hergestellt zu sein; nur Frankreich hat erklärt, daß es seine Zustimmung zu dem türkisch-bulgarischen Abkommen bis zur Regelung der rumelischen Zollfrage vertage. In der Hauptsache bleiben aber immerhin nur noch gewisse Formalitäten zu erledigen übrig über die Art der Proclamation der bulgarischen Union, insbesondere ob dies ohne einen bestimmten Termin oder in Gemäßheit des Art. 17 des Berliner Vertrages zu erfolgen habe. Hierauf wird dann die Constatirung der Zustimmung der Mächte zu dem Arrangement stattfinden. Die Pforte wünscht, daß diese Zustimmung in einem Protokoll der Konferenz der Vertreter der Mächte in Konstantinopel, welche mit einer Erörterung des Proclamationmodus zu beauftragen ist, in formeller Weise ausgesprochen werde. Das „Journal de St. P.“ glaubt indessen, es sei beschloffen, daß die formelle und definitive Genehmigung der Union erst dann in einer Konferenz ertheilt werden solle, wenn gleichzeitig das revidirte organische Statut die gleiche Genehmigung erhalten könne.

### Die Rebellen vor Suakin.

Vor der ägyptischen, von den Engländern besetzten Hafenstadt am rothen Meere, Suakin, stehen abermals erste Kämpfe bevor. Die Rebellen sollen täglich an Stärke zunehmen. Osman Digma beharrt bei seiner Erklärung, Suakin anzugreifen zu wollen. Inzwischen erwartet er, wie es heißt, die übliche Frühjahrs-Expedition der Briten nach Yamal und hat demgemäß aus allen Theilen Krieger herangezogen. Seine Streitkräfte werden auf 7000—8000 Mann geschätzt. Abdullah sanfte Osman Digma eine Fahne und einen Säbel zum Geschenk, mit dem Befehl, den Angriff persönlich zu leiten. Schon sind wieder verschiedene Scharmützel, gelegentliche Versuche zu Hinterhalten und plötzlichen Ueberfällen vorgekommen.

Die natürliche Lage von Suakin für Vertheidigungszwecke ist eine schwache. Die Außenwerke sind ausgedehnt und erfordern gegenwärtig eine große Truppenmacht; wogegen das Terrain in der Umgebung dem Feinde zum Angriff jeden Vortheil des Ueberblicks, der Deckung und der Ausdehnung von Feldoperationen gewährt. Die Position ist von den fruchtbarsten und bewohnten Theilen des Landes getrennt und hat daher keinerlei vortheilhaftigen politischen Einfluß. Die Vertheidigungspolitik isolirt Suakin in commercialer Beziehung, und dieser Umstand macht die Besetzung desselben kostspielig, ohne auf andere Weise Entschädigung zu gewähren. Der gegenwärtige Zustand legt das englische Prestige herab; er ruft bei den Truppen eine gedrückte Stimmung hervor und vergebens fragt man sich, wie man aus den heillosen Wirnissen herauskommen soll.

### Reichstag.

58. Sitzung vom 4. März.  
Erstlesung der Branntweinmonopol-Vorlage. Finanzminister v. Scholz: Was zunächst das Bedürfnis anlangt, dem mit dieser Vorlage abgeholfen werden soll, so ist dasselbe notorisch. An eine Erparnis, eine irgendwie ins Gewicht fallende Erparnis bei den Ausgaben in den verschiedenen Verwaltungszweigen des preussischen Staates ist gar nicht zu denken. Ebenso mifflig ist es mit unseren eigenen Einnahmen. Der

reiche Besitz des preussischen Staates an Domänen Eisenbahnen und Bergwerken läßt sich in seiner Ertragsfähigkeit nicht den Bedürfnissen nach steigern. Unsere Landessteuern aber sind nach der allgemeinen Ueberzeugung nicht sowohl zu einer erheblichen Steigerung irgendwo geeignet als vielmehr zu einer Ermäßigung, zum Theil sogar zu einer vollständigen Beseitigung. In dieser Lage müssen wir unsere Blicke immer wieder auf das Reich werfen, unter dessen Schloß und Riegel wir die gerade jetzt werthvollste Einnahmequelle der indirecten Besteuerung gelegt haben. Davon haben wir nach dem Etat von 1886/87 als Einnahmen die Ueberweisungen von Zöllen, der Tabaksteuer und den Stempelabgaben, gegenübergestellt unseren Matriculaturbeiträgen, im Betrage von bereits etwa 20 Mill. für unsere eigenen Bedürfnisse empfangen, von denen wir aber nach dem eben Gesagten noch wenigstens weitere 140 Mill. jährlich in Anspruch zu nehmen haben würden, wenn wir die dringenden Bedürfnisse unseres Landes befriedigen wollen. Nächstlich wie in Preußen liegen die Bedürfnisse in den meisten übrigen Bundesstaaten. Welche Finanzlage finden wir nun bei dem angrenzenden Reich selber? Für seine Ausgaben hat es einen recht knappen Etat. Auch das Reich braucht dringend vermehrte Einnahmen. Das Gesamtbedürfnis kann nicht mit einer Mehreinnahme von 20 oder 30 Millionen, sondern nur mit einem zehnfachen Betrag gedeckt werden. Der Minister geht nun die verschiedenen Steuerobjecte durch, von denen Bier noch einiges, Tabak noch vieles liefern könnte; beide sind aber ein noli me tangere. Auf Mehreinnahmen aus Zucker ist nicht zu rechnen. Da bleibt nur der Branntwein. Wenn wir sehen, daß Frankreich aus der Besteuerung des Branntweins etwa 190 Mill. M., das England 300 Mill. M. jährlich, Rußland mehr als 500 Mill. M. und die Vereinigten Staaten von Nordamerika 360 Mill. M. beziehen, so lag auch für die verbündeten Regierungen der Schluß nahe, daß Deutschland mit einer Einnahme von 50 Mill. M. sehr weit zurückstehe. Eine zu geringe Besteuerung des Branntweins trägt die Mithsalb an der Branntweinpest. Die großen hier vorliegenden Schwierigkeiten sind schon oft anerkannt worden. Ein Mitglied des hohen Hauses hat 1880 im preussischen Abgeordnetenhaus diese Schwierigkeiten in treffender Weise gezeichnet. (Der Minister verliest eine Rede, in der auf diese Schwierigkeiten hingewiesen wird.) Die wesentlichen Hauptgefahren dieses Geleitetwurfs sind in Kürze folgende: Nach demselben soll erstens das Brennereigewerbe in seinem vollen Bestande beibehalten werden; also der mittlere, der kleine und kleinste Brenner soll eben so gut wie der größere in seinem Gewerbebetriebe unangefochten erhalten bleiben. Sie alle sollen ganz gleichmäßig nur die eine neue Pflicht und das eine neue Recht zugleich erhalten, ihre ganze Production gegen alsbaldige bare Bezahlung eines angemessenen Preises an den Staat zu verkaufen. Zweitens soll dagegen das Gewerbe einer weiteren Bearbeitung des Brennereiproductes und das Gewerbe des Branntweinhandels ausschließlich vom Staate betrieben werden, jedoch mit zwei wichtigen Ausnahmen: eine für den Fabrikationsbetrieb nach dem Auslande hin, die andere für den mit dem Gewerbe der Gahnwirthe, Restaurateure u. verbundenen Branntweinhandel. Ferner soll der neue Staatsbetrieb darauf gerichtet sein, nur möglichst reinen und unschädlichen Trinken Branntwein herzustellen, dem übermäßigen Genuße desselben thunlichst entgegenzutreten, dem Spiritusgebrauch zu gesundheitlichen Zwecken und auch zum Brennen allen Vorbehalt zu leisten und denselben zu erhöhen, das danach überfließende Quantum des producirten Branntweins aber möglichst vortheilhaft in das Ausland abzuführen. Innerhalb der Grenzen dieser Grundzüge mögen die Einzelheiten, sowie die Vorschriften über die Controle der Brennereien, über die Schutzmaßregeln, die Strafbestimmungen und das übrige mehr oder weniger nach den Beschloffen des Reichstages ausgearbeitet werden können. Von politischen Standpunkten werden diesem Monopolproject die bekannten Einwendungen entgegengeleitet. Es wird darauf hingewiesen, daß die Machtphäre der Regierung in ungebührlichem und gefährlichem Maße erweitert werde, daß die Freiheit und Unabhängigkeit eines großen Theiles des Volkes wiederum gefährdet werde. Mit diesen Einwänden hat es bei uns denn doch eine ernste Bedeutung nicht. (Auf: Na! Na!) Ich möchte fragen, wenn eine Weiterentwicklung überhaupt durch diesen Geleitetwurf wieder stattfindet, so ist sie noch verhältnismäßig gering gegenüber den anderen Gebieten, auf denen eine Macht der Regierung bereits besteht, sie ist sehr gering gegenüber dem Post- und Staats-Eisenbahnwesen, selbst gegenüber dem Berg- und Hüttenwesen. Wo findet eine größere Abhängigkeit statt, in Privatleben oder im Staatsdienst? Unzutreffend ist der Einwurf, daß das Geleitet als Geleitetbewilligungrecht des Parlaments beschränkt würde. Wie groß sind dagegen die Vortheile, die das Geleitet dem Reiche und den Einzelstaaten bringen würde. An dem Anschluß der süddeutschen Staaten für dieses Geleitet ist nicht zu zweifeln — ist das nicht auch von hohem politischen Interesse und eine Stärkung des Reichsgedankens? In wirtschaftlicher Beziehung sind die Vortheile des Monopols nicht minder groß. Man wirft ein, daß es schädlich sei, da das Geleitet 3000 Großgrundbesitzern ein Geschenk aus der Tasche der Bevölkerung mache. (Sehr richtig! links.) Es ist dies durchaus unrichtig, es handelt sich durchwegs nicht um die Großgrundbesitzer, sondern um die Grundbesitzer aller Art. Und wie kann man denn von einem Geschenke aus den Taschen der Steuerzahler sprechen, wenn wir den Preis des Spiritus heben und von den Machinationen der Concurrenz frei machen wollen? Wir würden doch die Henne, die die goldenen Eier legt, schlachten, wenn wir den Preis, der den Brennereien gezahlt wird, herabdrücken würden. Ein Theil des bisher im Brennereibetriebe beschäftigten Personals wird bessere, staatliche Anstellung finden, ein Theil freilich wird keine Anstellung erhalten, aber Entschädigung bekommen — ob die Norm für diese Entschädigung eine richtige ist, darüber wird sich sprechen lassen. Man klagt über ungenügende Entschädigung — wo bleibt denn aber die Entschädigung, wenn in Folge einer Steuererhöhung Tausende von Arbeitern entlassen und brodlos werden? Diese Arbeiter erhalten doch gar keine Entschädigung. Diese Unrichtigkeit ist auch, zu behaupten, daß das Monopol eine Reihe von Existenzen vernichte — keineswegs, aber die gegenwärtige Art der Branntwein-ausschüttung vernichtet Tausende von Existenzen. Wenn man aber einwirft, daß der Staatsbetrieb schlechter und unrentabler sein würde als der Privatbetrieb, so vergißt man doch ganz, welche günstige Resultate der Staatsbetrieb bei der Post, bei der Berg- und Hüttenwesen-Verwaltung erzielt hat. — Eine schwer zu entscheidende Frage ist die nach der Consumverminderung. Wir haben eine Verminderung von 20 % und eine Vermehrung durch den Anmarsch der Bevölkerung angenommen. Wenn aber auch der Consumrückgang größer, der finanzielle Ertrag etwas geringer ist, so bleibt doch vor Allem der große Vortheil für uns, daß zum Besten vieler Bevölkerungskreise dann weniger Branntwein getrunken wird. Ich will keineswegs alle Gesichtspunkte der Vor-

lage hier erschöpfen; das Gesagte genügt wohl zur Empfehlung der Vorlage vom Standpunkte des Inlandes. Anders wird man nach Annahme dieser Vorlage im Auslande denken, man wird in wirtschaftlicher Hinsicht unangenehm davon überrascht sein, wie es schon jetzt der Artikel einer großen Wiener Zeitung zeigt. Lassen Sie mich mit einer kleinen Bemerkung schließen. Keiner von Ihnen wird es den Regierungen zumuten, daß sie von Zeit zu Zeit große Steuererlässe ausarbeiten, nur um saisonell hier wirken zu können. Es sind kaum vier Jahre her, seit wir mit dem Tabakmonopol hier einen Mißerfolg gehabt haben. Wir haben dieses nicht vergessen, auch nicht die Art, in welcher es ausgesprochen worden. Wenn wir trotzdem jetzt diese Vorlage einbringen, so mögen Sie daraus erkennen, wie sehr die Regierungen von der Verantwortlichkeit dieser Vorlage überzeugt sind. Bei der Prüfung der Vorlage ist notwendig eine Abklärung des gegenwärtigen Standpunktes (Zurück: Gegenständig), notwendig ist das Bedauern, nicht aber das Triumphieren, wenn diese Einigung zwischen Ihnen und uns nicht zu Stande kommt. Diese Gedanken bei der Diskussion und im Tone derselben festzuhalten, möchte ich Sie alle bitten. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Huene (Centr.): Mit einer Einmütigkeit grenzender Einigkeit haben wir die allerhöchsten Bedenken gegen Staatsmonopole und wir werden auch mit dieser Einigkeit gegen dieses Branntweinmonopol stimmen. Wir sind bereit, in der Commissionsberatung die ganze Materie in der eingehendsten Weise zu debattieren. Von diesen Beratungen wird es abhängen, ob sich in Zukunft ein Weg der Verständigung finden wird. Der Minister hat darauf hingewiesen, daß der Staat schon viele Beamte bei den Eisenbahnen, bei der Post u. s. w. habe. Gerade weil der Staat schon so viel Macht hat, deshalb wollen wir ihm nicht noch mehr geben, besonders nicht durch ein Monopol, dessen Wirkungen in politischer und wirtschaftlicher Beziehung so einschneidend sind.

Der Minister hat das Verhältnis des Monopols zur Landwirtschaft hervorgehoben und dieser großen Nutzen vom Monopol versprochen. Daß die Landwirtschaft schwer darniederliegt, weiß jeder, der die Verhältnisse kennt. Aber diese Unterstützung der Landwirtschaft ist eine einseitige; der Staat kauft ein Fabrikat, kein Rohprodukt von einem Grunde besessenen Produzenten. Andere sind vollkommen ausgeschlossen. Ferner soll der Preis für alle Zukunft fest sein. Wegen der Consum geringer wird, wird da nicht eine Reduktion der Brennereien eintreten müssen? Die Finanzlage gebietet das sogar. Der Staat sagt nun auch, wenn jemand mehr Branntwein brennt, als festgesetzt ist, der muß ihn mir umsonst geben. Es ist nun aber der Spiritusgehalt der Kartoffeln je nach den Jahren verschieden. Niemand weiß vorher, wie viel Ertrag sie liefern werden. Was nun die sozialpolitischen Bedenken betrifft, so wird man sich zunächst fragen, eine Menge berechtigter Consumanten müssen den notwendigen Branntwein tiefer bezahlen, während daneben eine Gruppe bevorzugter Brennereibesitzer steht. Was die moralische Seite anlangt, so bin ich der feineren Ansicht, daß durch das Monopol auch nicht ein Säufler bekehrt werden wird. (Sehr wahr!) Die Vorlage stellt sich dar als eine doppelte Steuer, als eine Fabrikations- und eine Consumsteuer. Der Schnaps soll nicht von dem Staate, sondern von Agenten und Verschleibern verkauft werden. Da diese Agenten und Verschleiber Provision erhalten, so werden diese die natürlichen Apostel des Schnapses sein. (Beifall im Centrum.)

Abg. Richter (Freil.): Der Finanzminister hat seine Rede mit der Aufforderung geschlossen, daß man die Vorlage mit Objektivität und ohne Voreingenommenheit prüfen möge. Ich hätte gewünscht, er hätte diese Aufforderung nicht erst heute ergehen lassen, wo wir am Schluß dieses Kampfes stehen, sondern er hätte doch dort, wo sein Einfluß reicht, namentlich in der Regierungspresse, diese Aufforderung am Anfang des Kampfes ergehen lassen. Minister v. Scholz hat besonders geglaubt hervorheben zu müssen, daß die Regierung sich ihrer Verantwortlichkeit ganz besonders bewußt sei bei solchen Vorschlägen, daß man an der Festigkeit ihrer Ueberzeugung nicht zweifeln möge, daß sie mit Muth dieses Unternehmen begünne. Nun, dieselben Redewendungen haben wir schon öfter im Lauf der parlamentarischen Zeit, wenn die Regierung neue politische Ziele einschlug — ich erinnere an die Kolonialpolitik, an die Kirchenpolitik — hier gehört, sie verlangen nicht in einem Augenblick, wo die Regierung selbst auf solchen Gebieten, die mit vielem Stolz erst eingeleitet worden sind, Rückzug nach Rückzug antreten muß, verlangen nicht, wo die Mißerfolge der Politik in anderen Richtungen tagtäglich mehr hervortreten. Es ist zum dritten Mal, daß wir hier in Reichstag über Monopole verhandeln: Zuerst geschah dies 1867. Da handelte es sich um Beilegung eines Monopols, des Salzmonopols, da war man einig in derselben Ueberzeugung, welche der jetzt regierende Kaiser, als Prinz von Preußen auf dem Vereinigten Landtag ausgesprochen hat: „daß die Zeit der Monopole vorbei sei.“ Anders 1882, als wir hier über das Tabakmonopol verhandelten. Schon 1878, 4 Jahre vorher, hatte der Reichskanzler das Tabakmonopol als sein letztes Ideal bezeichnet und die öffentliche Meinung auf dessen Einführung vorzubereiten gesucht. Jetzt hat man fastlich den gerade entgegengesetzten Weg eingeschlagen, nicht 4 Jahre, sondern nur 14 Tage haben gelegen zwischen der ersten offiziellen Ankündigung des Projectes und dem Einbringen der verhandelten Vorlage in den Bundesrath. Wenn es dabei auf eine Ueberumpelung abgesehen war, so hätte man nicht anders verfahren können, als man es gethan hat. Der Reichskanzler hat in seiner letzten Rede im preuß. Abgeordnetenhaus nicht besonders zum Vorwurf gemacht, daß wir mit der Kritik der Vorlage in der Öffentlichkeit begonnen hätten, bevor dieselbe an den Reichstag gelangt wäre. Nun, sollten wir denn Monate lang zusehen, wie die Fundamente von Regierungsblättern, welche vom Reichskanzler reorganisirt, genau nach seinen Anweisungen das Monopol preisen, loben und die Weisheit desienigen rühm, der sich zur Einführung desselben entschloß? Allerdings, wir sind früh aufgestanden gegenüber diesem Project. Hat sich irgend etwas nicht bestätigt, was wir damals als die Umriss des Projectes in der Öffentlichkeit bezeichneten? Nein, seitdem das Project in seinen Einzelheiten bekannt geworden ist, hat es immer mehr abstrahirend auf die öffentliche Meinung gewirkt. (Widerpruch rechts.) Es hat sich alsbald eine Bewegung in der Öffentlichkeit gegen das Monopol kundgegeben, die der Reichskanzler auch glaubt, in seiner letzten Rede im Abgeordnetenhaus kritisiren zu müssen. Er hat gesprochen von den allirten Schankwirthen, welche diese Bewegung leiten. Nun, die bekannte Alliance der Schankwirthe, der Verband der Gastwirthe, ist erst sehr spät, und, wie aus äußeren Gründen erklärlich ist, mit einer gewissen Zurückhaltung in diese Bewegung eingetreten. Die Bewegung hat weit über die Interessentkreise hinaus große Kreise der Bevölkerung ergriffen, denn, was ein Monopol bedeutet, das ist Jedermann viel verständlicher, als was internationale Doppelwährung sagen will. Haben denn die Interessenten etwa, wie der Reichskanzler anzunehmen schien, kein Recht, sich dagegen zu wehren? Ist man als Interessent und Petent diesem Hause gegenüber nur legitimirt, wenn man Bauer oder gar Baron ist? Haben die Interessenten etwa das Gefühl, was die schließlichen Willen wollten, als sie die Einführung der Doppelwährung in einer Petition vom Hause beschreiben? Nein, diese hier wollen nichts für sich auf Kosten der Allgemeinheit, sondern daß ihnen das gewährt wird, worauf jeder einen natürlichen Anspruch hat. daß er in seinem unabhängigen Privatvermögen geschützt wird. Nahezu 5000 Petitionen zählen wir nach dem Register dieses Hauses gegen das Monopol und nur sieben haben sich für dasselbe ausgesprochen. Also auf 1000 Petitionen gegen das Monopol kaum eine einzige für das Monopol. Es war kein Zufall, daß gerade in demselben Augenblicke, in dem die Vorlage an den Bundesrath gelangte, hier der Landwirtschaftsrat tagte, es war kein Zufall, daß gerade damals die Generalversammlung des Vereins deutscher Spiritusfabrikanten zusammentrat. Alles war lange Zeit vorbereitet. In der That, der deutsche Landwirtschaftsrath, dieser Generalstab der Agrarier, und jene Provinzialverbände haben sich für das Monopol ausgesprochen, und nun glauben die Herren, es könne so sein, wie bei der Doppelwährung, wie bei dem Wollzoll, aber da haben sie sich arg getäuscht. (Weiterfeit.)

Sie haben gesehen, daß Sie Niemanden hinter sich haben, daß die Generale und Offiziere ohne Mannschaften sind. Ich bin weit entfernt, diese Bewegung im Lande als eine politische Bewegung aufzufassen. Weit über die politische Bedeutung dieser Frage hinaus hat die Bewegung in der Hauptsache einen durchweg wirtschaftlichen Charakter. Schon vor 30 Jahren hat der frühere Minister Delbrück in einer Schrift, welche er 1857 gegen das Tabakmonopol veröffentlichte, mit Recht gesagt: „Der Deutsche läßt sich von seiner Regierung viel gefallen, viel mehr als der Franzose und der Engländer; was er sich aber im Gegenzug zu den romantischen Völkern niemals gefallen läßt, das ist die Beschränkung seiner wirtschaftlichen Freiheit, das ist die Einführung von Monopolen.“ Und in der That, meine Herren, von diesem Standpunkt aus betrachtet, zeigt sich in dieser Bewegung gegen das Monopol ein nationaler Zug, auf den wir stolz sein können. (Gelächter rechts. Beifall links.) Sie lächen über diese Bewegung, weil sie Ihnen nicht paßt. Sonst sind Sie dabei, wenn es sich darum handelt, den Wollzoll einzuführen, oder die Doppelwährung oder sonstige Vortheile für sich, sonst sind Sie dabei, hinzuzusetzen die Zustimmung des Landes; jetzt aber, wo sie Sie verläßt, wünschen Sie sie herabzubriden. Ich sage, es liegt ein erfreuliches Zeichen in dieser Bewegung. Es liegt ein gesunder Zug im Volke, das Werth legt auf die Erhaltung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit, das Werth darauf legt, auf keiner Seite dem Staate mehr Rechte abzutreten, als notwendig ist. (Beifall links.) Es ist kein Zufall, daß die socialistische Partei nicht in dem Maße in ihrer Agitation dem Monopol gegenüber auftritt, wie es sonst bei der Energie dieser Partei der Fall ist. Sie können aber gegen das Monopol nicht kämpfen, ohne gegen ihre eigenen Lehren anzukämpfen. (Oh! bei den Socialdemokraten.) Die sind consequenter, gerechter, einfacher und folgerichtiger in dem, was sie vorschlagen, als was die Regierung vorschlägt. Sie wollen die ganze Verstaatlichung, aber wie stellt sich die Regierung? Die kleinen Leute, die Hunderttausend Wirthe sollen verstaatlicht werden, der große Mann aber nicht, vor diesem macht die Regierung Halt. Da achtet sie den Privatverwerb. Warum denn nicht, Herr v. Scholz, wenn nun einmal verstaatlicht werden soll, sollen lieber die Brennereien verstaatlicht werden? Der Socialismus der Socialdemokratie will den Vortheil des Staatsbetriebes der Allgemeinheit zugute kommen lassen, diese Vorlage aber will für die Dotirung des Privatbetriebes sorgen. Das ist doch ein umgekehrter Christy: Sie schneiden das Leder der Kleinen, um Schuhe zu machen für das Fortkommen der Großen. (Weiterfeit. Beifall links.) Was Sie hier thun wollen zum Besten der Brennereien, thun Sie allein zum Besten der Kartoffelbrenner. Das Monopol zahlt jeden Hectoliter Kartoffelspiritus den Brennern mit 15 Mark höher als der Werth des Spiritus ist. Das Alles soll geschehen im Interesse der Landwirtschaft, als wenn das Kartoffelspiritusbrennen von der ganzen Landwirtschaft Deutschlands betrieben wird. Es handelt sich allein um dreitausend große Brenner, Herr von Scholz; diesen 3000 Brennern will man 60 Millionen  $\mathcal{M}$  zuzuwenden. Wer sind denn nun diese 3000 Herren? Im Wahlkreise des Herrn v. Kardorff gehören mehrere Brennereien dem Könige von Sachsen, einige dem Kronprinzen, Herrn v. Kardorff und mehreren Grafen. In Schlesien sind 76 Brennereien von Grafen, darunter 2 Reichsgrafen, 26 von Freiherren, darunter zwei Herren v. Rothschild, zahlreiche gehören Baronen. (Weiterfeit.) Auf diese 3000 armen Brenner vertheilt sich die Summe von 60 Millionen  $\mathcal{M}$ , es kommt auf jeden Brenner 20 000  $\mathcal{M}$ . Zum Theil sind diese Brennereien auch Fideicommissbesitz — es soll all diesen Brennereien ein dauerndes Recht gegeben werden, zu produciren nach Belieben; man hat von einem Recht auf Arbeit gesprochen und hier genährt man das Recht auf Brennen, ganz gleich gültig, ob auf dem Weltmarkt Bedarf ist oder nicht. Mit großen Opfern sind die Bannrechte aufgehoben worden, jetzt schafft man Bannrechte für diese 3000 Brenner, ärger als je in der ferdinalischen Zeit. (Lachen rechts.) Diese Unterstützung von 60 Millionen erhöht die Güter dieser 3000 um 1/4 Milliarde, giebt den einzelnen eine größere Dotation als 1871 unferen verdienten Generalen. Zu derselben Zeit, da man die Güter der polnischen Adligen anzukaufen will, unterstüßt man sie durch diese Dotationen. So planlos und ziellos wird unsere Gesetzgebung gemacht. Aber freilich, durch die Annahme dieser Vorlage werden die Brenner und Gutsbesitzer degradirt und zu Soldaten der jeweiligen Regierung (Widerpruch rechts), sie werden zum Knecht der Regierung. Der Reichskanzler hat mir vorgeworfen, daß ich von einer Schnapspolitik gesprochen habe. Das ist richtig, und zwar in dem Sinne, daß die Schnapsbrenner in unserer Finanzpolitik bevorzugt werden. Das zeigt auch diese Vorlage wieder, deren sicherer Erfolg diese Dotation der 3000 Brennereien ist. Falsch ist aber in der Vorlage die Berechnung des Gewinnes. Der Gewinn der Kleinbrenner ist zu groß angenommen, die Provision für die Verschleiber zu gering. Auf mich macht die ganze Berechnung den Eindruck, als wenn der Reichskanzler gesagt hat, der Ertrag des Monopols beträgt 300 Mill.  $\mathcal{M}$ , und daß nun die Geheimräthe diese Summe hätten ausrechnen sollen. (Weiterfeit.) Die Einzelberechnungen stimmen gar nicht, nehmen gar nicht auf einander Rücksicht. Der Betrag für die Verschleiber-Provision ist mindestens um die Hälfte zu gering angenommen. Die Vertheuerung des Preises wird unter Umständen 150 Procent betragen, und da glaubt die Regierung, daß der Consum nur um 20 Procent zurückgehen wird? Die Berechnung ist aber auch deshalb falsch, weil bei der Veranschlagung auch der Spiritus für gewerbliche Zwecke mit eingerechnet ist, dieser doch aber von dem Monopolbetriebe ausschließt. Und wesentlich für den Consum ist doch auch der Umstand, daß eine Erhöhung des Branntweinpreises die Branntweinfummgellei aus Oesterreich begünstigt. Wenn nun der Consum auch zurückgeht, so werden die Kosten des Betriebes doch nicht verringert. Minister v. Scholz schien aus der Ausführung eines Wiener Blattes folgern zu wollen, wer gegen das Monopol stimmt, erpente das Ausland Also maßgebend soll für unsere Entscheidung sein, daß wir das Ausland ärgern! Nach meiner Meinung wird der Neinertrag des Monopols noch eine 100 Mill.  $\mathcal{M}$  betragen. Wenn man alle Kosten der Rechnung genau prüfen würde, würde sich auch diese Summe noch verringern. Sicher ist die Dotation der 3000 Brennereien unsicher ist der finanzielle, noch unsicherer der wirtschaftliche Effect. Der Minister hat von der Branntweinpest gesprochen; man operirt auch viel mit einer, aber unrichtigen Statistik, wonach der Alkoholismus von 1831 bis 1885 sich verdoppelt hat — kann denn dagegen die Consumabnahme von 20 Procent etwas ausrichten? Der Consum wird sich verringern, aber die Willerei wird nicht bekämpft werden, eher gefördert. Denn fortan stellt sich der Branntwein im Gebirgsverkauf nicht theurer als der Bezug in Flaschen — der Branntwein, den der Maurer auf seinem Bau, der Erbarbeiter für die Dauer seiner Tagesarbeit in der Flasche mit sich nimmt, wird vertheuert, der glasweis verschänte Branntwein aber in einigen Landesheiten wird billiger als jetzt. Und wenn nun das fiskalische und moralische Interesse verkannt wird, so wird doch das fiskalische steigen. Charakteristisch ist doch, daß die Mäßigkeitsvereine sich nicht im Geringsten für das Monopol ausgesprochen haben; der moralische Erfolg ist also noch zweifelhafter als der finanzielle. Unmoralisch wirken wird das Monopol aber durch die Vertheuerung der Verbrauche, gegen welche die Regierung nicht weniger als 29 neue Strafbestimmungen festsetzen will. Man hat uns vorgeworfen, daß wir einer Erhöhung der Branntweinsteuer, die wir früher verlangt haben, jetzt nicht zustimmen würden. Wir würden einer Erhöhung der Branntweinsteuer durchaus zustimmen, wenn man dafür die Steuer auf notwendige Lebensmittel abschaffen will. Herr v. Scholz rühmt es, daß auch die süddeutschen Staaten sich an diesem Monopol beteiligen wollen. Das will nicht viel besagen, da sie sich ja doch von einer gemeinsamen Biersteuer fernhalten. Um so anerkenntlicher ist daher das Bortum des bayerischen Landtags, der sich von dem Millionentruggeld nicht bestechen läßt, das Bortum gegen das Monopol. Die heutige Rede des Ministers von den Bedürfnissen Preußens haben wir vor jeder Steuererhöhung gehört — die Steuern sind erhöht worden, die Rede ist aber geblieben. Und wenn das Monopol jetzt bewilligt wird, so wird bald wieder dieselbe Rede gehalten, damit wir dann das Tabak- und das Brauemonopol auch noch erhalten. Wir halten

das Monopol politisch für verderblich, denn wir wollen nicht die Verächtlichmachung der Selbstständigkeit der Bundesstaaten; sobald sie Kostgänger des Reiches werden, hören sie auf, selbstständig zu werden. Wir wollen nicht eine Vertheuerung der Machtphäre des Staates — unsere Erfahrungen lehren uns, wie sehr die Verstaatlichung, z. B. der Eisenbahnen, auf die Wahlen wirkt. Glauben Sie, Graf Herbert Bismard wäre gewählt worden in Auenburg ohne Verstaatlichung der Damburger Bahn? Keineswegs doch! Diese Machtstellung gefährdet aber auch unser Geldbewilligungsrecht. Was das bedeutet, weiß Jeder. Im Abgeordnetenhaus hat der Reichskanzler sich gegen die Mehrheit des Reichstages gewandt und mit einer Licenzsteuer in Preußen gedroht. Das verläßt gegen die Verfassung, welche die Besteuerung des Branntweins dem Reiche überläßt. Der Reichskanzler handelt gegen die Verfassung mit jener Androhung (Widerpruch rechts.) Am heutigen Tage (schauen Laufende auf diesen Reichstag, Tausende, die jetzt plötzlich ihre ganze Existenz gefährdet sehen. Diese Gefährdung der friedlichen Existenz von tausenden von Bürgern tritt in einer Zeit auf, wo ohnedies Handel und Verkehr gedrückt sind! Wenn der Reichskanzler so wenig Anhänger im Lande und im Reichstage für diese Vorlage besitzt, wie sie gezeigt hat, so ist die Verantwortung des Reichskanzlers, in einer solchen Zeit ein so beunruhigendes Project eingebracht zu haben, um so größer! So darf nicht länger weiterregiert werden (Lebhafter Unruhe rechts), so darf nicht länger regiert werden, wenn nicht Alles gefährdet werden soll! Zu meinem Bedauern höre ich, daß die Vorlage an eine Commission verwiesen werden soll — aus formalen Rücksichten mag das hingehen. Aber ich bitte Sie, machen Sie es kurz in der Commission, bringen Sie den Entwurf bald wieder an das Haus, damit wir ihn mit großer Majorität verwerfen können. Ich hoffe, daß es dann dem Reichskanzler verleidet wird, jemals wieder mit einem Monopole vor den Reichstag zu treten! (Lebhafter anhaltender Beifall links, Zeichen rechts.)

Abg. v. Wedell-Malschow (cons.): Unbedingt ist das Branntweinmonopol der Landwirtschaft vortheilhaft. Mit Unrecht hat Abg. Richter von einer Verstaatlichung der Brennereien gesprochen; es zeigt dies, daß es das Welen der Vorlage gar nicht erkannt hat, wie er denn überhaupt weiß Ausführungen allgemeiner Natur gemacht hat. Gegen das Prinzip des Monopols ist doch, da wir es auf einigen Gebieten schon besitzen, nichts einzuwenden; wenn die Linke dieses Hauses aus Küber kommen würde, würde sie auch Monopole einführen. (Lachen links.) Eine höhere Besteuerung des Branntweins ist eine Nothwendigkeit; wenn man an Stelle des Monopols die Consum- oder Fabriksteuer setzt, so schafft man die gleichen Nachteile, die das Monopol hat, kann aber weder dem Alkoholismus entgegenzutreten, noch die großen finanziellen Vortheile des Monopols gewinnen. Redner bleibt in der Mehrzahl seiner Ausführungen auf der Journalistentribüne unverständlich. Das Haus verlegt sich hierauf.

Beifall bemerkt Abg. Meyer-Halle, daß er die vom Finanzminister heute citirte Rede vor sechs Jahren im preussischen Abgeordnetenhaus gehalten habe. Er habe jedoch von einem Branntweinmonopol darin nichts gesagt und bedauere, daß der Minister noch nach sechs Jahren ihn mißverstanden habe. (Weiterfeit.) Nächste Sitzung: Freitag.

### Deutschland.

Berlin, 4. März. Der Kaiser hörte heute den Vortrag des Oberhof- und Hausmarschalls, arbeitete später mit dem Kriegsminister und dem Chef des Militärkabinetts und conferirte Nachmittag mit dem Grafen Herbert Bismard.

Ueber das Befinden des Kaisers wird noch berichtet, daß sich seit gestern leider auch noch etwas Schnupfen und Heiserkeit eingestellt haben. Letztere hat jedoch bereits wieder angenommen und auch das Hustenleiden nimmt abnehmend einen normalen Verlauf. Wie uns unser Berliner  $\Delta$ -Correspondent schreibt, wird der Kaiser auf den Rath der Aerzte dem heutigen Subscriptionsballe im Opernhaus fern bleiben, da ein Temperaturrewechsel nicht rathlich erscheint.

Berlin, 4. März. In der heutigen Plenarsitzung des Bundesrathes, welche um 2 Uhr unter dem Vorsitz des Staatssecretärs v. Bötticher stattgefunden und eine etwa einstündige Dauer gehabt hat, wurden einige nachträglich auf die Tagesordnung gesetzte Gegenstände erledigt. Trotz des Umfangs der Tagesordnung nahm die Sitzung doch nur kurze Zeit in Anspruch. Den durch den Präsidenten mitgetheilten Beschlüssen des Reichstages über verschiedene Gegenstände wurde in ganzen zugestimmt, ebenso der Vorlage, betreffend Pension und Wartgeld des Statthalters von Elsaß-Lothringen; ferner fand der Ausschussbericht über die Vorlage wegen Correction des Fahrwassers der Unterweser Zustimmung. Ueber den Antrag Preußens betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Heranziehung der Militärpersonen zu den Gemeindeabgaben wird in einer der nächsten Sitzungen Beschluß gefaßt werden.

[Pfleger der Neuanforderungen in Frankreich.] Kürzlich ist den „Pol. Nachr.“ ein Exemplar der Schulhefte zur Einsicht mitgetheilt worden, die auf amtliche Anordnung in allen französischen Unterrichtsanstalten zur Verwendung kommen. Auf der inneren Seite des hinteren Umschlagblatts dieses Hefts sind unter dem Titel „Nos devoirs envers la patrie“ verschiedene Verhaltensmaßregeln abgedruckt, darunter auch die folgende:

Wenn Jeder von Euch seine Pflicht erfüllt, wird das republikanische Frankreich stark genug werden, um uns eines Tages die Brüder wiederzugeben, die wir verloren haben: die Brüder von Elsaß-Lothringen. Man sieht, daß die Revanchepide schon dem französischen Schulkinde eingeimpft wird.

[Hilfscomité für die Ausgewiesenen.] Der „Diemitt Bozn.“ erhält aus Newyork von dem Comité des polnischen Central-Vereins die Mittheilung, daß in Erwartung, ein Theil der aus Preußen Ausgewiesenen werde seine Zuflucht auch in America suchen, ein Hilfscomité errichtet wurde, an das sich dort ankommende Schutzbedürftige wenden können. Das Bureau befindet sich in der 3. Avenue Nr. 34 E.

[Herr v. Tiedemann, der Regierungsverordnungs-Präsident in Bromberg, Mitglied des Abgeordnetenhauses für Labischin, ist nunmehr, wie von uns als bevorstehend gemeldet wurde, dem „Staatsangehöriger“ zufolge, zum Mitglied des Staatsraths ernannt.

[Verdoppelung der Lotterieloose.] Die Budgetcommission des Abgeordnetenhauses hat gestern unter Zustimmung der Vertreter des Finanzministers die Verdoppelung der Zahl der Loose der preussischen Staatslotterie vom 1. October d. J. ab beschlossen.

[Stenographie als Lehrgegenstand.] In Abgeordnetentagen äußert sich, wie unser  $\Delta$ -Correspondent schreibt, ein lebhaftes Interesse für eine an das Abgeordnetenhaus gerichtete Petition des Berliner Stolzeschen Stenographen-Vereins um Einführung der Stenographie als Lehrgegenstand in den höheren Schulen. Einer kürzlich unter dem Vorsitz des Parlamentssteno-graphen Max Käbler stattgehabten Beratung über den Gegenstand wohnten mehrere Abgeordnete bei, welche sich auch an den Debatten beteiligten.

[Das Socialistengesetz in der Commission.] Die Reichstags-Commission zur Vorberatung des Socialistengesetzes hat wie schon kurz gemeldet worden, in ihrer ersten Sitzung in Anwesenheit des Staatssecretärs des Innern v. Bötticher und des preussischen Ministers des Innern v. Puttkamer die Generaldiscussion über den Gesetzentwurf selbst und

die dazu gestellten Amendements Windthorst begonnen. Wir tragen darüber noch folgendes nach:

Abgeordneter Dr. Windthorst eröffnete die Debatte und stellte seinen Standpunkt, Befämpfung der Socialdemokratie auf dem Boden des gemeinen Rechts, fest. Das Ausnahmegesetz wiege in eine falsche Ruhe; nur das Zusammengehen des Staates mit der Kirche könne helfen. Prinzipiell müßte er sich ablehnend gegen das ganze Gesetz verhalten, praktisch wolle er, nachdem einmal gegen seinen Willen die Verhältnisse sich auf dieses Gesetz eingerichtet hätten, ein gewisses Uebergangsstadium, das durch seine Amendements bezeichnet sei. Abgeordneter Dr. Hänel bemerkt, daß die prinzipielle Stellung einer Partei bekannt sei, daß ganze praktische Interesse drehe sich um die Frage, wie die anderen Parteien und die verbündeten Regierungen sich zu den Amendements Windthorst stellen; er müsse im Interesse der Aufklärung der Situation und behufs der Möglichkeit einer materiellen Discussion diese Erklärung wünschen. Abg. v. Hellborn betont, daß die conservative Partei das Gesetz stets als ein dauerndes betrachtet habe; er vermisse jeden Grund, um das Gesetz jetzt abzuschwächen. Staatssecretär v. Bötticher erklärt, daß von keiner der verbündeten Regierungen eine Anregung zu einer Amendment im Sinne der Anträge Windthorst gegeben sei, vielmehr sei der vorliegende Entwurf einstimmig im Bundesrath angenommen und damit die Ablehnung der Windthorst'schen Anträge prognosticirt. Abg. Dr. Meyer (Zent) meint, daß das Socialistengesetz durchaus nur inneren Verührung beigetragen und damit Erfolg gehabt habe. Rückblicklich der Amendements Windthorst werde seine Partei sich ablehnend ihnen gegenüber verhalten. Nur der Verfertigung des Termins stimme er bei. Abg. Dr. Baum-bach weist die Meinung zurück, als ob man sich den Gefahren der Socialdemokratie verschleße, wenn man gegen das Gesetz stimme; auf Grund seiner Erfahrungen könne er nur sagen, daß die Handhabung des Socialistengesetzes nur der Socialdemokratie förderlich sei. Abg. Dr. Hänel wendet sich gegen die Behauptung eines Erfolges des Gesetzes, wenn dies mehr bedeute, als die Thatsache der Unterdrückung von Freisereignissen, Vereinen, Versammlungen; aber dem stehen schwere moralische Mißerfolge entgegen: die Abmähung des socialdemokratischen Programms zum Zweck der Gewinnung immer mehrerer Kreise, die Untergrabung des Sinnes für Gesehlichkeit, die Entfristung des deutschen Bürgerthums in seiner selbstständigen Widerstandskraft gegen die socialdemokratischen Lehren und im Vertrauen auf die Polizei.

\* Der „Berichtl. Anz.“ theilt unter aller Reserve mit, es verlautet, der Präsident der königlichen Regierung von Oepeln, Graf v. Zedlitz-Trützschler, sei bestimmt dem Oberpräsidenten der Provinz Posen, v. Gütther, der seines vorgeschrittenen Alters wegen aus dem Dienste zu scheiden gedenkt, im Amte zu ersetzen.

Magdeburg, 4. März. Bei der heutigen Ersatzwahl zum Abgeordnetenhaus an Stelle des verstorbenen Abg. Gärtner wurde der Fabrikbesitzer Dr. Max Dürre in Magdeburg (nat.-lib.) von 280 abgegebenen Stimmen einstimmig zum Abgeordneten gewählt. Dürre ist im Gegensatz zu Gärtner, der an den alten Traditionen der Partei festhielt, ein Nationalliberaler der allerneuesten Richtung.

Posen, 4. März. Zur Feier der Krönung des Königs Vlad. Jagiello von Polen und Litauen, welche vor 500 Jahren stattfand, wird heute in der hiesigen katholischen Pfarrkirche eine Messe abgehalten; die Gesellschaft „Stella“ hat zur Feier des Tages Abends einen Vortrag veranstaltet.

Coburg, 4. März. Geheimrath Hofe, Vorstand der hiesigen Ministerial-Abtheilung, ist gestorben.

### Holland.

Haag, 4. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer legte die Regierung einen Gesetzentwurf betreffend die Umwandlung der 4procentigen Schuld in eine 3 1/2procentige vor. Die Vorlage gestattet den gegenwärtigen Inhabern der Aktien die Umwandlung bis zum Ende des Jahres 1887 und verlangt für die Regierung nach dieser Zeit die Ermächtigung, die 4procentige Schuld zu amortisiren und die 3 1/2procentige zum Course von mindestens 97 Proc. mit 1/2 Proc. Provision neu auszugeben. Die Emission der neuen Schuld wird unter denselben Bedingungen stattfinden, wie die Anleihen von 1878, 1883 und 1884. Der Staat würde hierbei einen Gewinn von 1 300 000  $\mathcal{F}$ . erzielen. (W. T.)

### Dänemark.

Kopenhagen, 4. März. Die Hamburger Posten vom 2. und 3. März sind Vormittags hier eingetroffen, die für das Ausland bestimmten Posten vom 2. und 3. März sind mit dem Dampfer „Stephan“ nach Kiel abgegangen.

### England.

A. C. London, 3. März. Die Stellung Sir Charles Dilke's muß täglich peinlicher werden. So nahm der radicale Verein in Enfield in seinem vorwöchentlichen öffentlichen Meeting die nachstehende Resolution an: „daß dieses Meeting, während es gegenüber Sir Charles Dilke für seine glänzenden Dienste in der Vergangenheit zu Gunsten der Freiheiten des Volkes die tiefste Dankbarkeit fühlt, ihn nicht ferner als Führer des Radicalismus anerkennen kann, ehe er nicht die gegen ihn erhobene schreckliche Beschuldigung eidlch widerlegt hat.“

### Danzig, 5. März.

Wetterausichten für Sonnabend, 6. März. Original-Telegramm der Danziger Zeitung auf Grund der Prognose der Deutschen Seemarte. Bei mäßigem Westwind veränderliches, etwas kälteres Wetter. Etwas Niederschläge.

\* [Vertriebenes Schiff.] Wie aus der Neufahrwasserer Schiffskiste hervorgeht, ist das vertriebene Schiff „Wilhelm Lind“ aus Danzig heute glücklich in den Hafen gekommen.

\* [Anerkennung der Reichstagswahl.] Wie schon in voriger Woche telegraphisch gemeldet ist, hat die Wahlprüfungs-Commission des Reichstages sich nun auch mit den landbekannteren Vorgängen beschäftigt, welche bei der letzten Reichstagswahl im Elbing-Marienburger Wahlkreise sich abgespielt haben. Die Commission hat die Gültigkeit der Wahl des Herrn v. Puttkamer-Plauth, obwohl dieselbe bei der Stichwahl mit 934 Stimmen über die absolute Mehrheit erfolgte, vorläufig beanstandet und gerichtliche Zeugen-Vernehmung über die behaupteten amtlichen Wahlbeeinflussungen verlangt. Der vom 27. Februar datirte schriftliche Bericht der Wahlprüfungs-Commission liegt uns nunmehr vor. Danach sind in dem Wahlprotokoll, durch welchen Herr v. Puttkamer's Wahl angefochten wurde, eine Reihe von Wahlbeeinflussungen durch die Landräthe Dr. Dippe zu Elbing und Döhring zu Marienburg angeführt und mit Zeugen-Angaben belegt. Einzelne Punkte des Protokolls, wie z. B. die Wahlagitatio der beiden Regierungsverordnungs-Referendarien Jacobi und Angerer, sind zwar von der Wahlprüfungs-Commission für unerheblich erachtet worden, da sich die Referendarien nicht in einem Autoritätsverhältnis zu den Eingeweihten des Wahlkreises befanden; dagegen stimmte die Commission dem Referenten, Abg. Dr. Müller, darin zu, daß, wenn sich die behaupteten Vorgänge bewährten, in dem Eingreifen des Landraths Dr. Dippe in die Wahlbewegung eine amtliche Beeinflussung schwerster Art gefunden werden müßte und daß ein Seitenstück hierzu auch die Wahlreihen



# Synagogengemeinde zu Danzig.

Altthottländer Synagoge:  
Sonabend, den 6. März cr.,  
Vormittags 10 Uhr,  
Predigt. (9036)

## Statt besonderer Meldung.

Durch die Geburt eines Knaben wurden erfreut (9070)  
Danzig, den 5. März 1886.  
W. Büttner und Frau,  
Kgl. Eisenbahn-Secretär.

Uns ist heute ein kräftiger Knabe geboren. (9088)  
Berent, Wstpr. d. 5. März 1886.  
Katastercontroleur Leopold u. Frau.

Heute früh 8 Uhr starb nach kurzem Leiden mein geliebter Mann, unser guter Vater, der frühere Brauerei-Besitzer Carl Eduard Hopp im 83. Lebensjahre. Dieses zeigen tief betrübt an Die Hinterbliebenen.  
Danzig, den 5. März 1886.

Heute 11 Uhr Vormittag entfiel mir der Tod in Folge der Masern meinen geliebten Albert im 14ten Lebensjahre. (9042)  
Elbing, den 3. März 1886.  
Hermann von Anstun-Wittelsdorf.

Nach kurzem Krankenlager starb am 2. cr. auf einer Besuchsreise in Berlin unsere liebe Mutter, Großmutter und Urgroßmutter  
Auguste Herrmann,  
geb. Fersenheim, (9054)  
im 79. Lebensjahre.  
Dies zeigen tief betrübt an Die Hinterbliebenen.  
Berlin u. Elbing, 4. März 1886.

# Auction Langebrücke 21, Drehergasse.

Dienstag, den 9. März cr., Vormittags 11 Uhr, werde ich am oben angegebenen Orte im Wege der Zwangsversteigerung ein Lager von Herren-Garderoben, Wäsche und Kleiderstoffen, darunter:

Winter- und Sommerüberzieher, Kaisermäntel, Winter-Jaquets, Stoffröcke, Westen, Beinkleider, Knabenanzüge, Hüte, Mützen, Hosenträger etc.,

sowie:  
1 Repostorium mit Ladentisch, div. Geschäftszutensilien, 1 Marktfaß mit Plan und Bude, 1 Marquise, Schausensterlampen etc. öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige baare Zahlung versteigern. Die Besichtigung ist am Auktionstage von 9 Uhr ab gestattet.

**Stützer,** (9091)  
Gerichtsvollzieher,  
Danzig, Schmiedegasse Nr. 9.

**Hamburg—Danzig.**  
Dampfer „August“ wird ca. 8./10. März von Hamburg direct nach Danzig expedirt. (8761)  
Güter-Anmeldungen nehmen entgegen

**L. F. Mathies & Co.,**  
Hamburg.

**Ferdinand Prowe,**  
Danzig.

Loose der Zopptor Kinder-Heilstätten-Lotterie a 1 M.  
Loose d. Marienburger Pferde-Lotterie a 1 M.  
Loose d. Königsberger Pferde-Lotterie a 1 M.  
Loose der Casseler Pferde-Lotterie a 1 M.  
Loose der Marienburger Geld-Lotterie (bei der General-Agentur in Berlin bereits vergriffen) a 1 M.  
Loose der Ulmer Münsterban-Lotterie a 1 M. (9093)  
Loose der Pomm. Provinzial-Thierzucht-Lott. a 1 M. bei  
Th. Bertling, Gerbergasse 2.

**Sie verreise auf  
einige Zeit.**

**Dr. Fewson.**

**Siedentop's Nachfolger  
Zahnarzt Peters.**  
Langgasse 28.

**Danziger  
5% Hypotheken-Pfandbriefe**  
Gegen die Amortisations-Verloosung zur Rückzahlung a 100%, welche ungefähr Mitte März stattfindet, übernehmen wir die Versicherung bei einer Prämie von 10 % pro 100 M. (8917)

**Meyer & Gelhorn,  
Bank- u. Wechsel-Geschäft,**  
Langenmarkt 40.

**Violinunterricht.**  
Gelegenen Violinunterricht erteilt an Anfänger wie auch an geübtere Spieler bis zur Virtuosität, wie auch im Zusammenspiel der Sonate (Violine und Piano) Trio u. s. w.

**Friedrich Laade,**  
Hundegasse 119.  
5091)

**Katten, Mäuse, Wanzen, Schwaben, Wotten** zc. vertilgt mit einj. Garantie, auch emp. meine Präparate zur Vertilgung des Ungeziefers. G. Dreiling, Königl. app. Kammerjäger, Altes Holz Nr. 7, 1 Tr. (9056)

**Rathswinklerküche.  
Dejeuners,  
Diners, Soupers,  
einzelne Schüsseln,**  
Liefere und übernehme die Ausfuhrung derselben, auch außer dem Hause, sowie in d. Provinz, in vorzüglicher Güte b. billigster Preisnotizung.

**Austern, Hummer,  
Seefische,  
Wild-Geßfugel,  
Pasteten aller Art,  
fr. Perigord-Trüffeln,  
Delicateßwaaren zc.**  
halte stets der Saison angemessen vorräthig.

**Bersand prompt.**  
Bei Bedarf bitte um gef. Aufträge.  
**C. Bodenburg**  
Küchenmeister. (8968)

**Die Oekonomie des hiesigen  
Bildungsvereins** hat am 1. Juli d. J. ab anderweit verpackt werden. Nähere Auskünfte erteilen und Meldungen nehmen entgegen die Herren Drösch, Eienergasse 7 und Dr. Dasse, Kettlergasse 11/12.

**Die Niederlage der ältesten Fabrik  
des allein ersten  
Eau de Cologne,**  
erfunden 1695  
von Johann Paul Feminis  
(blau und rothe Etiquette)  
befindet sich in Danzig bei Herrn  
Richard Keng. (9044)

**Hotel  
zum Stern**  
Heumarkt  
vis-a-vis dem hohen Thore,  
empfehle seine gut ausgestatteten  
Fremdenzimmer zu soliden Preisen.  
Bei längerem Aufenthalt Chambre  
garni-Breite. Hoteldiener und Wagen  
am Bahnhof. (8424)  
Zur Erhaltung der Gesundheit.  
Reconvalescenten zur Stärkung ist das  
**Doppel-Malzbiere**  
(Brauerei W. Nuffat-Bromberg) sehr  
zu empfehlen. Dieses sehr nahrhafte  
Biere ist vorräthig in Flasch. a 15 Pf. bei  
**Robert Krüger,**  
Hundegasse 34.

# Danziger Hypotheken-Pfandbriefe.

Wir übernehmen die Versicherung gegen die Mitte März stattfindende Pariausloosung mit 3 Pfennige für jede 100 Mark.  
**Baum & Liepmann,**  
Bank-Geschäft,  
Langenmarkt Nr. 18. (9071)

**En gros. En detail.**  
**II Eingetroffen II**  
sind die neuesten Frühjahrs-Moden in  
**Herren- und Knaben-Filzhüten,  
Cylinderhüten**  
und legen mich bedeutende Abschlässe in den Stand dieselben erstaunlich billig abzugeben.

**Gummischuhe, Gummiboots, Filztiefel,  
Felpantoffeln, Filzhautschuhe** werden um zu räumen unter Fabrikpreisen ausverkauft. (9092)

**B. Blumenthal, 2. Damm 7-8.**  
Für Wiederverkäufer große Posten Güte erstaunlich billig.

**Oberhemden**  
werden gut sitzend angefertigt  
bei  
**Caesar Zimmer,**  
Danzig, Brodbänkengasse 51. (9034)

**Unser  
Gardinen-Ausverkauf  
ist eröffnet.**

**Domnick & Schäfer,**  
63. Langgasse 63. (9023)

**W. J. Hallauer,**  
36. Langgasse 36.  
Special-Geschäft für Tricotagen und Strumpfwaaren,  
empfiehlt zu sehr billigen Preisen  
**Tricot-Taillen,  
Tricot-Kleidchen,  
Tricot-Blousen**  
die größte Auswahl in nur guten Stoffen.

**Dr. Riemann's  
präparirter Rettigsaft,**  
allerbestes Hausmittel, bei allen katarrhalischen Beschwerden bestens empfohlen, ist allein nur unverfälscht pro Flasche 1 M. 25 J, 75 J und 50 J zu haben in Danzig bei

**Albert Neumann,**  
Langenmarkt Nr. 3.

**Stahl-Muldenkipplowries,  
1/2 und 3/4 Cbm. Inhalt,  
Stahl-Grubenschlenen**  
zu Geleisen.

**Transportable Stahlbahnen.**  
**Ludw. Zimmermann Nachfl.**  
Comtoir u. Lager: Fischmarkt 20/21.

**Marienburger Geld-Lotterie 3,50 M.  
Kinderheilstätten Zopptor 1,00 M.  
Ulmer Münsterban-Lotterie 3,50 M.  
Marienb. Pierdelott.-Loose 3,00 M.  
Casseler Pierdelotterie-Lotterie 3,00 M.  
Königsb. Pierdelotterie-Lotterie 3,00 M.**  
Zu haben in der Expedition der Danziger Zeitung.

**Stearin- und  
Paraffin-Lichte**  
empfiehlt billigst  
**Albert Neumann,**  
Langenmarkt 3. (9029)

**Echter  
Kleider-Sammet**  
in allen Farben, Meter 2,75 M.,  
schwarzseidene Guipüre Spitzen  
in großer Auswahl,  
Kleiderknöpfe, das Neueste zur  
Frühjahrs-Saison,  
sämmliche Futterstoffe, Biquee,  
Hemdentuche, Scheuertücher,  
gefärbt, prima, 3 Stk. 65 J empfiehl  
**S. Böttcher,**  
Porteckgasse Nr. 1.

**Widhandlung: Roth-, Damm-,  
Schwarz-, Rehwild, feiste Fas-  
anen, Poularden, Puten, Capanen,  
Enten, Kühen, div. Flugwild, Fische**  
billigst Köpfergasse 13. (9031)

**Die Oekonomie des hiesigen  
Bildungsvereins** hat am 1. Juli d. J. ab anderweit verpackt werden. Nähere Auskünfte erteilen und Meldungen nehmen entgegen die Herren Drösch, Eienergasse 7 und Dr. Dasse, Kettlergasse 11/12.

**Die Niederlage der ältesten Fabrik  
des allein ersten  
Eau de Cologne,**  
erfunden 1695  
von Johann Paul Feminis  
(blau und rothe Etiquette)  
befindet sich in Danzig bei Herrn  
Richard Keng. (9044)

**Hotel  
zum Stern**  
Heumarkt  
vis-a-vis dem hohen Thore,  
empfehle seine gut ausgestatteten  
Fremdenzimmer zu soliden Preisen.  
Bei längerem Aufenthalt Chambre  
garni-Breite. Hoteldiener und Wagen  
am Bahnhof. (8424)  
Zur Erhaltung der Gesundheit.  
Reconvalescenten zur Stärkung ist das  
**Doppel-Malzbiere**  
(Brauerei W. Nuffat-Bromberg) sehr  
zu empfehlen. Dieses sehr nahrhafte  
Biere ist vorräthig in Flasch. a 15 Pf. bei  
**Robert Krüger,**  
Hundegasse 34.

**Eisengießerei  
C. G. Springer,**  
Danzig,  
Niederstadt, Weidengasse Nr. 35,  
liefert rohe und bearbeitete  
**Gußwaaren,**  
mit und ohne Modell, oder mit  
Maschinen gefertigt in bester Qualität  
und sauberster Ausführung.  
NB. Roßstäbe als Maschinenartik  
billigst. (5291)

**Maschinenfabrik,  
Eisen- u. Metall-  
Gießerei.**  
Lager von Hähnen, Ventilen,  
Kessel-Armaturen. (7517)

**J. Zimmermann,**  
Danzig, Steindamm Nr. 7.

**Blühende Rosen,**  
große Auswahl anderer blühender  
und nichtblühender Gewächse,  
Blumen-Arrangements in jeder  
Form und feinsten Ausführung  
empfiehlt billigst  
**A. Bauer,**  
Langgarten 83. (7275)

**Fracks** zu Festlichkeiten werden  
stets verliehen Breit-  
gasse Nr. 36 bei **J. Raumann.**

**Futterhafer**  
offerirt billigst (8834)  
**H. v. Morstein,**  
Comtoir: Hundegasse Nr. 6.

**2 fette Bullen,  
2 fette Kühe**  
sieh. a. Verk. in Lappalitz. Köpfl.

**Das Grundstück Ora 181, mit  
großem Restaurationsgarten und  
Tanzsaal, genannt „Villa Colonna“,  
ist zu verkaufen oder zu verpachten.  
Nähere Auskunft erteilen die Hh.  
Dühren & Co. Danzig, Bogengäß. 79.**

**Eine schuldenfreie Besitzung, unweit  
Danzig, 5 culm. Hufen, Wiesen  
u. Acker, Boden, in gut. Cult., jetzt in  
Subst. erstanden, billig zu verkaufen.  
Ein Haus u. Hypotheken werden in  
Zahlung genommen. Näheres durch  
den Besitzer selbst unter Adresse 9068  
in der Exped. d. Btg.**

**Geschäfts-Verkauf.**  
Ein altes renommirtes Colonia-  
waarengeschäft Danzig's  
mit fester Engros- u. Detail-  
Kundschaft in günstiger Stadt-  
egend ist krankheits halber  
mit Grundstück unter günstigen  
Bedingungen zu verkaufen.  
Anzahlung Mark 50 000.  
Reflektanten erfahren Näheres  
durch (9064)

**Rudolph Hasse,**  
Danzig.

**Für Agenten.**  
Ein langjährig einget-  
ührtes umfangreiches Agentur-  
geschäft in Champagner, andern  
Weinen, Cognac, Rum etc. und  
Cigarren für Ost-, Westpreussen,  
Posen und theilweise Schlesien  
ist wegen Todesfall käuflich  
zu überlassen. Zahlungsfähige  
Reflektanten wollen Meldung  
mit Referenzen einsenden an  
das Bankhaus von Roggen-  
bucke Bark & Co. in Danzig.

**Theater-Abonnement.**  
Wegen Todesfall die 4. Serie von  
zwei sehr guten Plätzen des 1. Ranges  
zu ermäßigten Preisen zu verkaufen.  
An erfrauen Sanderube 32 I.

**Gelucht ein schwerer alt Danziger  
Eigentisch.**  
Offerten unter Nr. 9046 in der  
Exped. d. Btg. erbeten.

**Billig zu verk. 1 eleg. Schlafsofa,  
dunkelgr. Nips, eleg. Sopha-Piegel,  
Lampen, Bilder zc. Langgasse 50 II.**

**Ein erftelliges  
5 proc. Hypotheken-  
Dokument**  
über 4500 M. im großen Werder, ist  
zu cediren.  
Meldungen von Selbstarbeitern  
unter Nr. 9043 in der Exped. dieser  
Zeitung erbeten.

**Für ein hiesiges Agentur-  
und Commissions-Geschäft wird  
ein Lehrling**  
mit den nöthigen Schulkennt-  
nissen zum 1. April cr. gesucht.  
Selbstgeschriebene Offerten  
unter Nr. 9063 in der Exped.  
dieser Zeitung erbeten.

**Suche für meinen Inspector eine  
möglichst selbstständige dauernde  
Inspectorstelle.**  
**Schwarz, Annafeld**  
bei Rorschen. (9017)

**Für ein Baaren-Engros-Geschäft  
wird ein gelernter  
Materialist als  
Reisender,**  
für die Stadt und kleinere Touren,  
gesucht. Meldungen unter Nr. 9032  
in der Exped. d. Btg. erbeten.

**Feuerversicherung!**  
Von einer ersten Feuerversicherungs-  
Actien-Gesellschaft werden Agenten  
für Danzig gesucht.  
Meldungen sub 9067 in der  
Exped. dieser Btg. erb.

**Einen tücht. Gehilfen**  
sucht (9049)

**Rudolph Pasewark,**  
Uhrmacher in Marienburg Westpr.  
Gesucht zum 1. Mai eine ev. ge-  
prüfte, musikalische Geigeherin,  
für 2 Mädchen von 9 1/2 und 8 1/2 J.,  
mit bescheidenen Ansprüchen. Gehalt  
300 M.  
Adressen unter 9059 i. der Exped.  
dieser Zeitung erbeten.

**Geigeherinnen, Kindergärtin., Bonnen,  
Wirthschaftsfrl., und Mädchen  
zur Stütze der Hausf., in allen Zweigen  
der Wirthschaft vertraut, sow. Dorfser,  
Gärtner, Stellmacher und Hausdiener  
empfiehlt J. Heldt, Kopengasse 9.**

**Ein nicht mehr junges, anst. Mäd-  
chen, schon in Stellung gewesen,  
worüber Zeugnisse, wünscht bei einer  
alten Dame oder Herrn zur Hilfe  
und Leitung des Haushaltes enga-  
girt zu werden.**  
Adressen unter 9052 in der Exped.  
dieser Btg. erbeten.

**Ein junger Mann,**  
im Besitz des einjährigen Zeugnisses,  
wünscht in ein feines Confectionsgech.  
als Lehrling  
einzutreten. Offerten unter Nr. 9038  
in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

**Günige Schüler finden zum 1. April  
freundl. Aufnahme in einer hies.  
Lehrerfamilie. Nachhilfestunden können  
auf Wunsch erteilt werden.**  
Adressen unter 8949 in der Exped.  
dieser Zeitung erbeten.

**Eine neu decorirte herrschaftliche  
Wohnung in Langgasse 21 sofort  
oder per 1. April zu vermieten.  
Näheres daselbst im Laden.**

**Tranengasse 6 ist ein Comtoir zu  
vermieten. (4827)**

**Langgasse 35**  
ist in der 2. Etage die neu  
decorirte herrsch. Wohnung,  
5-6 Zimmer, zu verm. (9073)

**Gr. Gerbergasse 3,**  
1. Etage, 4 Zimmer und Zu-  
behör per 1. April,  
2. Etage, 5 Zimmer, Bade-  
zimmer und Zubehör von  
sofort oder später zu ver-  
mieten. (5465)

**Boggenpohl 33 ist die 3. Etage  
(2 Zimmer und Zubehör) zu  
vermieten Näheres 2. Etage.**

**Eine elegante  
Wohnung**  
von 5-6 Zimmern in Hundegasse  
Nr. 123 I zu vermieten. (7671)

**Der Laden Breitgasse 1,**  
neben Herrn Nathan ist für M. 400  
zu verm. Näheres Breitgasse 1, I.

**Eine neu decorirte herrsch. Wohnung  
best. aus 8 Zimmern, Badestube zc.  
nebst allem Zubehör, ist Hundegasse 109  
zu verm. Näb. daselbst im Comtoir p.**

**Hundegasse**  
werden 2 eleg. möbl. Vorderz., p. f.  
e. höheren Beamten s. 1. April frei.  
Näheres Langgasse 50. (9040)

**Gartenbau-Verein.**  
Montag, den 8. d. Mts.,  
Abends 7 Uhr,  
General-Versammlung.  
Bericht der Rechnungs-Revi-  
foren. Decharge. (8972)

**Allgemeiner  
Bildungsverein.**  
Montag, den 8. März cr.,  
Abends 8 Uhr,  
Vortrag des Herrn Baurath Licht:  
„Ueber das Leben  
auf der Erde.“  
Damen haben Zutritt. (9058)

**Chiersaub-Verein  
in Danzig.  
Stiftungsfest**  
Sonabend, d. 6. März cr., 8 Uhr, in  
Bildungs-Vereins-Hause, Hintergäß  
Nr. 16. (8730)

**Rönigsberger  
Kinderfleck.**  
Heute Freitag Hundegasse 7.  
(9055) C. Stadnowski.  
Neu und original.  
Sehenswerth für Jedermann.

**Berliner  
Sofbränhaus,**  
Kopengasse 19.  
Großartige neue Decoration des  
ganzen Lokals,  
künstlerisch ausgeführt vom Theater-  
Decorat.-Maler Ern. M. Wimmer.  
**Hochfeines Sofbrän,**  
a Glas 15 J (9072)

**Friedrich-Wilh.-Schützenhaus.**  
Dienstag, den 9. März, (8907)  
Fastnachts-Maskenball.

**Casino-Gesellschaft,  
Danzig.**  
Die auf Freitag, d. 5. März  
1886 angelegte Reunion  
fällt aus. (9021)

**Brösen.**  
Sonntag, den 7. d. Mts.,  
**Kaffee-Concert.**

**Apollo-Saal.**  
Sonntag, den 7. März cr.,  
Abends 7 1/2 Uhr,  
**Nieder-Abend**  
gegeben von  
**Hermine Spiess**  
unter Mitwirkung des Pianisten  
Herrn H. Sormann.

Flügel von C. J. Gebauer,  
Königsberg.

Billetts: numerirt a 3 M., Steh-  
plätze a 2 M., Schülerbilletts a 1,50 M.  
bei Constantin Schimpen, Musikalien-  
und Pianoforte-Handlung. (8527)

**Friedrich-Wilhelm-  
Schützenhaus.**  
Sonntag, den 7. März 1886:  
**Großes Concert**  
der Kapelle des 4. Ostpr. Grenadier-  
Regiments Nr. 5.  
Anfang 6 Uhr. Entree 30 J, Logen  
50 J, Kaiserloge 60 J.  
(8877) C. Theil.

**Danziger Stadttheater.**  
Sonabend, den 6. März. Ab. susp.  
P.-P. B. Bei halben Preisen. Die  
Zögler des Herrn Fabricius  
Schauspiel in 4 Act. v. A. Wildbrandt  
Sonntag, den 7. März. Zwei Vorst.  
Nachm. 4 Uhr. Ab. susp. P.-P. C.  
Bei halben Preisen. Auf allgem.  
Verlangen Auftreten von Fina  
Vendel. Das Wismuthmädchen von  
Schöneberg. Volksstück im Geleis  
in 3 Acten und 6 Bildern von  
Mannstädt.  
Abends 7 1/2 Uhr. 109. Ab.-Vorst.  
P.-P. C. Richards Wanderleben.  
Lustspiel in 5 Aufzügen. v. G. Kettel.  
Montag, den 8. März. Benefiz für  
Clara Wendorf. Dr. Claus.

**Wilhelm-Theater.**  
Sonabend, den 6. März 1886:  
**Grosse Künstler-  
Specialitäten-Vorstellung.**  
Durchweg neues Personal.  
4. Auftreten der deutschen Duettisten  
Geschwister Monti,  
sowie der Chanson- und Complet-  
sängerin Frä. Dierella,  
der Piederfängerin Frä. Lucas.  
Gastspiel der weltberühmten  
kaiserlichen Japanesen-Truppe  
(Johu Gigerie, 8 Personen).  
Gastspiel des Amerikaners  
Mr. Kaffin, artonischer Clown,  
mit feinen dressirten Oberschwänen  
und Affen.  
Mrsrs. Taylor und Bayne,  
Minirells Sängers u. Danlers.  
Mr. Leonard Schilly  
(auf der Wundertrappe) genannt das  
medicinische Räthsel.  
Auftreten der englischen Duettisten  
Miss Heiden und Miss Barben, der  
Sängerin Frä. v. Guntröm,  
Frä. Vendway, d. Komit. Frä. Sachan.  
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anf. 7 Uhr.  
Druck u. Verlag v. A. W. Kafemann  
in Danzig.